

Kläranlage wird für den Polder eingedeicht

Bezirksregierung mit „Ja, aber“ zur Hochwasserrückhaltung in Bodenheim / VG-Rat will Gewässerpflege mit Landwirten

vb. VG BODENHEIM — Die Diskussion um Maßnahmen zum Hochwasserschutz in Bodenheim geht weiter. In der jüngsten Sitzung des Verbandsgemeinderates berichtete VG-Bürgermeister Gerhard Krämer über die Entscheidung der Bezirksregierung zur Errichtung von Poldern im Unterfeld.

Die Bezirksregierung hat dem Bau von Hochwasserrückhalteanlagen grundsätzlich zugestimmt, jedoch mit einer Reihe von Einschränkungen und Bedingungen. So schreibt die Behörde vor, daß von dem Staubecken keine Gefahren für

die nahen Wohnhäuser ausgehen dürfen. Eine Vielzahl von Gutachten müssen vor der eventuellen Errichtung der Polder angefertigt werden, die vor allem wassertechnische und ökologische Auswirkungen der Maßnahme offenlegen sollen.

Die Kläranlage, die inmitten des Poldergebiets liegt, muß eingedeicht und erreichbar gehalten werden. Wenn die Landesregierung weiter am Bodenheimer Unterfeld als einem möglichen Standort für die Polder festhält, müssen Gespräche mit der Landwirtschaftskammer geführt werden, um zu klären, in wel-

cher Form die Landwirte Entschädigungen für den Ernstfall erhalten. Zu guter Letzt stünde noch eine Flurbereinigung im Unterfeld an.

Im großen und ganzen bedeutet die Entscheidung der Bezirksregierung: Wenn im Bodenheimer Unterfeld Polder errichtet werden, dann ist dies nur unter hohem finanziellen und technischen Aufwand möglich.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der VG-Rat mit Anträgen der Fraktionen. Die GAL hatte vorgeschlagen, Landwirte zur Gewässerpflege anzuregen und in solche Maßnahmen mit einzubezie-

hen. Bürgermeister Krämer teilte hierzu mit: „Das Interesse der Landwirte daran hält sich in Grenzen. Es wäre besser, zunächst einige Monate abzuwarten.“

Dies war allerdings nicht im Sinne der GAL-Fraktion. Fraktionssprecher Hans-Edmund Knab war dafür, die einzelnen Bauern- und Winzervereine direkt anzusprechen. Ein ungewöhnliches Bild ergab sich bei der Abstimmung: Der Antrag wurde mehrheitlich durch GAL, SPD und FWG angenommen, die CDU-Fraktion stimmte dagegen.